

# Wohnungsgeberbestätigung zur Vorlage bei der Meldebehörde (§ 19 Bundesmeldegesetz (BMG))

**Auszug aus § 19 Abs. 1 Satz 1 und 2 BMG Mitwirkung des Wohnungsgebers**  
(1) Der Wohnungsgeber ist verpflichtet, bei der Anmeldung mitzuwirken. Hierzu hat der Wohnungsgeber oder eine von ihm beauftragte Person der meldepflichtigen Person den Einzug schriftlich oder elektronisch innerhalb der in § 17 Absatz 1 genannten Fristen (zwei Wochen) zu bestätigen.

Einzug

Auszug

<b>Anschrift:</b>	
Straße und Hausnummer: Zusatzangaben (z.B. Stockwerk): _____	
Postleitzahl / Ort: _____	

<b>Einzugs-/Auszugsdatum und Person/en:</b>	
In die oben genannte Anschrift ist/sind am _____ folgende Person/en eingezogen/ausgezogen: (Datum)	
Familienname, Vorname: _____	
Familienname, Vorname: _____	
Familienname, Vorname: _____	
Familienname, Vorname: _____	
Familienname, Vorname: _____	
Familienname, Vorname: _____	

<b>Angaben zum Wohnungsgeber/Eigentümer:</b>	
Familienname / Vorname oder Bezeichnung bei einer juristischen Person: _____	
Straße / Hausnummer/PLZ / Ort: _____	
Telefon / Mobil / Email (freiwillige Angabe): _____	
<input type="checkbox"/>	Der Wohnungsgeber ist gleichzeitig <b>Eigentümer</b> der Wohnung <i>oder</i>
<input type="checkbox"/>	Der Wohnungsgeber ist <b>nicht Eigentümer</b> der Wohnung. Der Name und die Anschrift des <b>Eigentümers</b> lauten:
Familienname / Vorname oder Bezeichnung bei einer juristischen Person: _____	
Straße / Hausnummer / PLZ / Ort: _____	

Ich bestätige mit meiner Unterschrift den Einzug der oben genannten Person(en) in die oben bezeichnete Wohnung und dass ich als Wohnungsgeber zur Ausstellung dieser Bescheinigung berechtigt bin.

Ich habe davon Kenntnis genommen, dass ich ordnungswidrig handle, wenn ich hierzu nicht berechtigt bin und dass es verboten ist, eine Wohnanschrift für eine Anmeldung eines Wohnsitzes einem Dritten anzubieten oder zur Verfügung zu stellen, obwohl ein tatsächlicher Bezug der Wohnung durch einen Dritten weder stattfindet noch beabsichtigt ist. Ein Verstoß gegen dieses Verbot stellt eine Ordnungswidrigkeit dar und kann mit einer Geldbuße bis zu 50.000 Euro geahndet werden. Das Unterlassen einer Bestätigung des Einzugs sowie die falsche oder nicht rechtzeitige Bestätigung des Einzugs können als Ordnungswidrigkeiten mit Geldbußen bis zu 1.000 Euro geahndet werden.

\_\_\_\_\_  
Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift des **Wohnungsgebers/Eigentümers**